LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
16. Wahlperiode

Drucksache **16/14409**

08.03.2017

Beschlussempfehlung und Bericht

des Rechtsausschusses

zu dem Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/13685

Nordrhein-Westfalen unterstützt die Bestrebungen der Bundesregierung für ein härteres Vorgehen im Kampf gegen Wohnungseinbrecher

Berichterstatter Abgeordneter Dr. Ingo Wolf

Beschlussempfehlung

Der Antrag der Fraktion der CDU - Drucksache 16/13685 - wird abgelehnt.

Datum des Originals: 08.03.2017/Ausgegeben: 09.03.2017

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Bericht

A Allgemeines

Der Antrag „Nordrhein-Westfalen unterstützt die Bestrebungen der Bundesregierung für ein härteres Vorgehen im Kampf gegen Wohnungseinbrecher“ wurde vom Plenum am 14. Dezember 2016 einstimmig an den Rechtsausschuss - federführend - sowie an den Innenausschuss überwiesen. Aussprache und Abstimmung sollen nach Vorlage der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses erfolgen.

Mit dem Antrag sollen die historischen Höchststände an Wohnungseinbrüchen in Nordrhein-Westfalen in den Blick genommen werden. Gefordert wird unter anderem, dass sich die Landesregierung konstruktiv in die Arbeit der Bund-Länder-Arbeitsgruppe einbringt, die unter der Leitung des Bundesjustizministers und des Bundesinnenminister mit der Ausarbeitung von strafrechtlichen Regelungen im Zusammenhang mit Wohnungseinbrüchen beauftragt wurde.

B Beratungsverfahren

Der Rechtsausschuss hat den Antrag in seiner 69. Sitzung am 18. Januar 2017 (Ausschussprotokoll 16/1575) erstmalig beraten. Der Ausschuss hat in der 71. Sitzung am 8. Februar 2017 (Ausschussprotokoll 16/1599) den Bericht der Landesregierung hierzu diskutiert.

Der mitberatende Innenausschuss hat den Antrag abgelehnt.

Der Rechtsausschuss hat in seiner 73. Sitzung am 8. März 2017 (Ausschussprotokoll 16/1623) abschließend beraten.

C Abstimmung

Bei der Schlussabstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU wurde dieser mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und PIRATEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU abgelehnt.

Dr. Ingo Wolf
- Vorsitzender -